

PRESDIENST

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP Dringlichkeitsantrag

Dazu sagt der Vorsitzende
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Karl-Martin Hentschel:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 283.02 / 15.11.2002

Grüne

Personalpolitik muss sozial gerecht sein!

Wir brauchen eine Reform des öffentlichen Dienstrechts. Das starre Korsett von Laufbahnen und Beförderungen nach Alter und Dauer der Beschäftigung statt nach Leistung erschwert eine moderne Personalbewirtschaftung und verhindert notwendige Innovationen. Die Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten erdrückt die finanziellen Spielräume des Landes und der Kommunen auf dramatische Weise. Es ist absurd, wenn angesichts der Haushaltssituation die Opposition jede Änderung ablehnt.

Wir brauchen mehr Spielräume für die Länder, weil die Länder den Großteil aller Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst beschäftigen – deshalb müssen wir mehr Einfluss auf die Personalpolitik haben, und deshalb werden wir die Arbeitsergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz prüfen.

Und vor allem brauchen wir ein einheitliches Dienstrecht für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, d.h. für Angestellte und Beamte!

Personalpolitik muss sozial gerecht sein: Bei den diskutierten Kürzungen von Weihnachts- und Urlaubsgeld dürfen Kürzungen nur in den oberen Gehalts- und Pensionsklassen stattfinden. Kürzungen im unteren Bereich, z.B. bei den Justizvollzugsbeamtinnen oder bei den PolizistInnen sind nicht akzeptabel. Auf dieser Grundlage werden wir mit den Gewerkschaften Gespräche führen.
